



Rosina Walter im Interview

„Wir brauchen mehr Akzeptanz und Kooperation“

Rosina Walter berichtet im Interview, warum die Zusammenarbeit mit Kommunen schmerzen kann – und Aufgeben trotzdem keine Option ist. Vernetztes Handeln verschiedener Sektoren auf Augenhöhe ist ihr Schlüssel zum Erfolg.

Julia Kaesemann: Frau Walter, Ihre Organisation "beramí" ist seit nunmehr 30 Jahren in Frankfurt aktiv im Themenfeld berufliche Integration von Menschen mit Migrationserfahrung. Wer profitiert von Ihrer Arbeit?

Rosina Walter: Natürlich in erster Linie die Zielgruppe, die uns besonders am Herzen liegt. Und das sind Ratsuchende mit Migrationserfahrung, die meistens bereits mit beeindruckenden beruflichen Qualifikationen bei uns ankommen auf der Suche nach einem Einstieg in den Arbeitsmarkt. Aber natürlich auch die Unternehmen. Mit unserer Unterstützung erhalten sie gut ausgebildete Fachkräfte mit Eigeninitiative. Das sind in der Regel empowerte, informierte Menschen, die sich qualifiziert den Bedarfen der Unternehmen stellen und sich in Firmen integrieren.

Das heißt, Ihre Arbeit hilft Unternehmen und damit auch dem Wirtschaftsstandort Frankfurt.

Rosina Walter: Zu hundert Prozent! Das Verhältnis zwischen uns und den meisten Firmen ist keine Einbahnstraße. Wir sind nicht nur Zulieferer von Arbeitnehmer*innen. Unsere Kooperationen beinhalten zum Beispiel Mentoringprojekte, bei denen die Firmen ihre Mitarbeitenden als Mentor*innen für Migrant*innen zur Verfügung stellen. Außerdem fragen die Unternehmen bei uns mittlerweile nach, ob wir nicht Kandidat*innen z.B. für ein Praktikum oder den direkten Einstieg haben.

Ihre Themen? Worum kümmern Sie sich noch neben der beruflichen Integration von Migrant*innen?

Rosina Walter: Unser zweites Kernthema ist gesellschaftliche Partizipation oder in anderen Worten: ein guter Zusammenhalt. Anfang der 90er Jahre hatten wir erst einmal nur das Thema der beruflichen Bildung auf dem Schirm, aber sehr schnell kam die Erkenntnis, dass dieser Fokus nicht reicht.

„Denn berufliche Integration funktioniert nicht ohne gesellschaftliche Teilhabe – und zwar eine gleichberechtigte! Dafür muss man aber wissen, welche Möglichkeiten es gibt, sich einzumischen.“

Gefördert durch:



| BertelsmannStiftung



PHINEO
damit Engagement wirkt

In Frankfurt haben etwa 35% der Einwohner*innen eine Migrationserfahrung. Die Beteiligung in Stadtparlamenten oder ähnlichen Einrichtungen liegt vermutlich nicht einmal bei 5%. Das ist ein eklatanter Gap.

Was tun Sie konkret, um solche Zahlen in Zukunft zu verändern?

Rosina Walter: Wir haben dieses Schwerpunktthema in unserem Portfolio über die letzten Jahre hin deutlich ausgebaut und werden das noch weiter tun. Ein Beispiel ist das Projekt „Mehr Bock auf Politik“. Das ist ein Mentoringprojekt, sowohl für zumeist junge Menschen mit als auch ohne Migrationserfahrung. Denn völlig unabhängig von der Herkunft haben wir festgestellt: Die wissen oft gar nicht, wie sie sich einsetzen sollen! Im Projekt entdecken sie mit der Hilfe von ehrenamtlichen Mentor*innen aus lokalen NGOs, für welche Themen sie brennen und wie sie sich engagieren können. Erfreulicherweise sehen wir nicht nur starken Zulauf bei der Zielgruppe. Auch kommunale Stadtverordnete zeigen sich sehr interessiert.

Stichwort Stadtverordnete: Haben Sie ein aktuelles Beispiel für die Zusammenarbeit mit Akteuren der öffentlichen Hand – beispielsweise auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene?

Rosina Walter: Ja. Wir sind zum Beispiel beauftragt vom hessischen Ministerium für Soziales und Integration, ein Kompetenzzentrum Vielfalt für Migrantenorganisationen aufzubauen. Im Projekt geht es darum, landesweit entsprechende Organisationen zu professionalisieren, gemeinsame Visionen zu entwickeln und der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Natürlich ist hier auch die Kooperation mit Kommunen und Landkreisen angedacht. In der Praxis stoßen wir hier aber immer wieder auf Hürden...

...und zwar welche?

Rosina Walter: Um gemeinsam an so einem Projekt zu arbeiten, braucht es viel Bewusstsein für die Problemstellung. Die Stadt Frankfurt ist ein sehr positives Beispiel. Hier sind fast 200 Nationalitäten vertreten. Die Stadt musste sich dem Thema Weltoffenheit früh zuwenden – ob sie wollte oder nicht. Ich bin stolz darauf, wie die Stadt sich hier seit einer großen Aufbruchsstimmung in den 90er Jahren zu einer Vorreiterin im bundesweiten Vergleich entwickelt hat und bis heute am Thema drangeblieben ist. Uns allen ist klar, dass das nötig ist, um auch weiter friedlich zusammenzuleben, Ghettoisierung und Arbeitslosigkeit zu vermeiden und wirtschaftlich in Schwung zu bleiben.

Frankfurt hat also sehr viel richtig gemacht.

Rosina Walter: Absolut. Ich habe das Gefühl, dass die Trägerlandschaft geschätzt wird. Sie ist Teil der Vielfalt dieser Stadt und deshalb fühlen sich Menschen hier wohl. Wir haben hier auch

Probleme und sind nicht im Paradies... aber auf einem guten Weg dahin (lacht). Im Ernst, eine ähnliche Haltung würde ich mir auch von ländlichen Kommunen wünschen, mit denen wir in Kontakt sind. Hier sieht es oft anders aus. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren steckt dort teilweise noch in den Kinderschuhen. Dabei braucht es genau für unsere Themen mehr Akzeptanz und Kooperation der Sektoren!

Welchen Vorteil haben denn Kommunen von solchen Kooperationen?

Rosina Walter: Kommunale Strukturen stecken voll von Bürokratie und Verwaltungsrichtlinien. Es gibt viele Hürden, einiges dauert sehr lange. Wir können dagegen unsere Projekte verhältnismäßig agil umsetzen. Außerdem sind wir ganz nah bei den Menschen, die wir vertreten. 60% unserer Mitarbeitenden haben selbst Migrationserfahrung. Sie wissen, wovon sie reden. Sie wissen, was es bedeutet, in Deutschland schwarz zu sein. Oder Grammatikfehler zu machen. Oder Reaktionen auf ein Kopftuch aushalten zu müssen.

*„Wir machen Dinge bestimmt nicht besser als Kommunen. Aber die Schwellen, auf uns zuzukommen, sind für Migrant*innen einfach deutlich niedriger, als sich bei offiziellen Stellen zu melden.“*

Die Leute sagen schneller: „Geh doch zu beramí! Da ist die Zorica, oder die Segen, die kommt auch aus Eritrea. Oder die Naima, die kommt wie du aus Marokko!“ So sind wir selbst mit unseren Angeboten und Mitarbeitenden fast schon Teil der Communities.

Woran liegt es Ihrer Meinung nach, dass eine solche Nähe zu kommunalen Vertreter*innen fehlt?

Rosina Walter: So sehr ich meine Stadt auch liebe, so stark frustriert es mich, wie wenig Menschen nicht-deutscher Herkunft bei uns in der Verwaltung sitzen. Polemisch gesagt: Menschen mit Migrationserfahrung putzen vielleicht mal in der Behörde oder reparieren auch einen Computer. Aber sie sind selten die, die Entscheidungen treffen. Da ist es auch kein Wunder, wenn zum Beispiel Zugewanderte sagen: „Was soll ich denn da? Das sind doch alles nur Deutsche!“ Ich wünsche mir, dass gerade die Verwaltung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zeigt: Wir meinen es ernst mit Diversität!

Wo wir schon bei Wünschen sind – haben Sie abschließend noch einen Wunsch an kommunale Vertreter*innen?

Rosina Walter: Darf ich auch zwei äußern? (lacht)

Sicher!

Erstens natürlich finanzielle Unterstützung. Und da komme ich nochmal zurück auf unser Projekt „Mehr Bock auf Politik“. Zu weiten Teilen wird dieses so wichtige Projekt gefördert von Stiftungen und Eigenmitteln. Die Stadt beteiligt sich nur zu einem ganz kleinen Teil. Das finde ich nicht richtig, denn an diesem Thema hängt nicht weniger als eine friedliche und demokratische Zukunft.

Und zweitens wünsche ich mir eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Wir haben eine Erfahrung in unseren Themenfeldern, die – ganz ohne Vorwurf – niemand in der Verwaltung so hat wie wir. Dementsprechend würden wir uns freuen, noch mehr einbezogen zu werden. Und das nicht nur pro forma.

„Wenn kommunale Akteure uns ernst nehmen und auf uns zukommen, dann kommt das nicht nur Sachthemen zugute. So wächst auch das Vertrauen der Menschen, die wir vertreten, in die kommunalen Strukturen.“

Was dagegen gar nicht hilft, sind Anordnungen von oben. Vor einigen Jahren sollten zum Beispiel bundesweit Ausländerbehörden modernisiert werden. Auch die Behörde in Frankfurt war darunter. Natürlich haben wir uns gemeldet und wollten mit unserer Expertise den Prozess unterstützen. Stattdessen hat eine große global agierende Beratungsfirma für viel Geld übernommen. Und passiert ist – nichts. Das lag nicht an den Mitarbeitenden dieser Behörden. Da sitzen durchaus gute Leute. Doch ich glaube nicht, dass man sich wirklich mit denen zusammengesetzt hat, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Stattdessen gab es top-down Entscheidungen, die an den Bedarfen vorbeigingen. Die Mitarbeitenden, die ohnehin schon unter oft schwierigen Bedingungen arbeiten, haben dicht gemacht und eine riesige Chance wurde so vertan.

Ich will nicht sagen, dass wir das besser gemacht hätten. Erst recht nicht alleine. Aber in solchen Momenten mitsprechen zu können als diejenigen, die die lokalen Verhältnisse kennen und auch ganz viel inhaltliche Expertise beitragen können, wäre wirklich sinnvoll. Denn dann redet man nicht nur über Augenhöhe, sondern lebt sie auch!

Über die Autor*innen:

JULIA KIZHUKANDAYIL

Rosina Walter ist geschäftsführende Vorständin und verantwortet seit 2004 die Weiterentwicklung von beramí e.V. Sie arbeitet seit 30 Jahren für den Verein und findet darin die Plattform, sich für Chancengerechtigkeit, Diversität und gleichberechtigte Teilhabe aller einzusetzen.

JULIA KAESEMANN

Julia Kaesemann arbeitet seit 2018 für die PHINEO gAG. Sie betreut u.a. die Kommunikation im Projekt Weltoffene Kommune. In ihren Projekten beschäftigt sie sich mit der Frage, wie gelungene Kooperationen

zwischen den Sektoren aussehen können. Inhaltlich liegt ihr Fokus bei den Themen Migration und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

*Dieser Artikel ist im Original auf der digitalen **Wissensplattform für weltoffene Kommunen**: <https://www.weltoffene-kommune.de> erschienen. Das Projekt Weltoffene Kommune hat zum Ziel, Kommunalverwaltungen auf ihrem individuellen Weg zur Weltoffenheit durch Online- und Offlineangebote zu unterstützen. Umgesetzt wird es von der PHINEO gAG und der Bertelsmann Stiftung von 2019 bis 2021 durch die Förderung der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration.*